

BAG SHI

**Bundesarbeitsgemeinschaft
der Sozialhilfeinitiativen**

Moselstr. 25
60329 Frankfurt/Main
Tel.: 069 27220898
Fax: 069 27220897
EMail: BAGSHIFrankfurt@aol.com
Homepage: www.BAG-SHI.de

Frankfurt am Main, 15. Januar 2002

Schluss mit dem staatlich geförderten Arbeitsplatzabbau

Für eine gerechte Sozialpolitik

Stellungnahme der BAG SHI⁺ zu den Massenentlassungen beim bekannten Zwieback-Hersteller „Brandt“ in Hagen, die unglaublicherweise auch noch staatlich gefördert werden. Während mit massiven staatlichen Subventionen der Bau einer neuen Fabrik ermöglicht wird, sollen die 632 MitarbeiterInnen im Hagener Stammwerk entlassen werden. Wir fragen: Wer wird die Arbeitslosen auffangen? Welche Unterstützung sind für die Menschen vorgesehen?

Es zeigt sich wieder einmal, was entscheidungsverantwortliche Politik wirklich für die Menschen gestalten will und was davon zu halten ist.

Empört ist von den Vorgängen bei den für ihre Zwieback-Produktion wohlbekannten Brandt-Werken in Hagen zu berichten. Und es ist ein drastisches Beispiel für die wirkliche Haltung der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft.

Da soll das Stammwerk in Hagen in das thüringische Ohrdruf „verlagert“ werden. 180 neue Arbeitsplätze sollen dort angekündigt werden. So weit die beklatschte, medienwirksam offerierte „Arbeitsplätze schaffende Maßnahme“. Die ganze Wirklichkeit sieht aber so aus: In Hagen sollen 632 MitarbeiterInnen entlassen werden. Der Betriebsrat hält bereits seit Jahren mit Unterstützung des städtischen „Bürgerbündnisses Brandt“ dagegen. Die von der Kündigung bedrohten MitarbeiterInnen mussten sich sogar gefallen lassen, dass ein Streik Mitte 2000 vom Arbeitsgericht untersagt wurde. Zuletzt berichtete die Westfälische Rundschau von den aktuellen Vorschlägen der Beschäftigten, wenigstens Teile der Produktion in Hagen zu belassen.

Der Neubau der Produktion in Thüringen wird mit staatlichen Subventionen in Höhe von mehr als 20 Millionen € finanziert.

Das ist nichts anderes als staatlich geförderte Erwerbslosigkeit. Erwerbslosigkeit? Ein Dauerthema. Das Thema, das der Regierung und auch der Opposition mit ihrem frisch gekürten Kanzlerkandidaten angeblich so auf den Nägeln brennt. Das Thema, woran sich

⁺ Die BAG SHI ist die bundesweite Interessenvertretung und Arbeitsplattform der von Sozialhilfe Betroffenen und ihrer Initiativen.

der Kanzler für eine Wiederwahl messen lassen will. Und das, was die Opposition aus CDU/CSU und FDP zum Wahlkampfthema erwarteterweise machen wird.

In schöner Eintracht wird dazu über Arbeitsunwilligkeit geschimpft. Ohne Unterlass wird auf allen Ebenen versucht, die Betroffenen für das Versagen der Politik verantwortlich zu machen.

Angeblich sollen die nur als populistische Korrekturmaßnahmen vorgesehenen Programme dazu dienen, Erwerbslosigkeit zu mindern und Menschen in Arbeit zu bringen. Aber wenn es keine Arbeit gibt, kann auch kein noch so hochgelobtes "Job-Modell" daran etwas ändern.

Denen, die noch Arbeit haben, soll mit diesen Augenwischerein der Entscheidungsverantwortlichen, aber tatsächlich Handlungsunfähigen (oder -unwilligen), vorgemacht werden, es würde noch gestaltet werden und die von den Einkommen gezahlten Steuern würden sinnvoll dafür verwendet werden.

Das Gegenteil ist der Fall, wie sich drastisch an der in Hagen praktizierten, staatlich geförderten Arbeitslosigkeit zeigt.

Derzeit sind wieder „Kombilohn-Modelle“ im Gespräch und tauchen wieder aus der Versenkung auf, also die Subventionierung und damit auch Attraktivierung von Niedriglöhnen – eine Verstetigung und Verfestigung prekärer Beschäftigungen mit höchstem Armutsrisiko. Fast fließend dann die weitere Verknappung: Von der faktischen Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die unter dem Begriff „Zusammenlegung mit der Sozialhilfe“ firmiert, bis hin zu den diversen „Versuchsprojekten“ wie beispielsweise die nun in immer mehr Kommunen praktizierte Pauschalierung der zum Leben notwendigen Leistungen der Sozialhilfe. Das alles hat eine Stossrichtung: Denen die wenig haben mit immer weniger abzuspeisen.

Das ist es genau, was die Belegschaft in Hagen nach der Entlassung zu erwarten hat. Während die erwirtschafteten Profite immer unerreichbarer werden. Die Teilhabe an diesen Gewinnen wird in immer unerreichbarer Ferne angesiedelt. Nicht einmal mehr der Einsatz eigener Arbeitskraft hilft hier. Weil diese Arbeitsmöglichkeiten schlicht immer weniger oder auf geringstem Einkommensniveau bestehen.

Und die, die da so über die so genannten Arbeitsunwilligen tönen? Sie sitzen in gut bezahlten Dauerjobs und das (zu) oft auf Kosten der Gemeinschaft. Dass ist die wahre Umverteilung in dieser ach so modernen Gesellschaft. Das ist die bundesrepublikanische Wirklichkeit und der an den realen Taten sichtbare Willen der derzeit regierenden Sozialpolitik. Wer hat, dem wird gegeben. Die anderen schauen in die Röhre. „Moderne“ Sozialpolitik funktioniert so, dass für die Ungerechtigkeit auch noch die die Schuld haben sollen, die sie ganz real am eigenen Leib erfahren müssen. Das zeigt sich bei dieser, als „Standortverlagerung“ sprachlich nur mühsam geschönt, Massenentlassung in der alteingesessenen Zwiebackfirma Brandt in Hagen wieder einmal deutlich. In dieser zynischen Art und Weise zeigt sich die Haltung derer, die nur an Profit und Macht orientiert sind. Menschen kommen da nicht mehr vor.

(c) BAG SHI - Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V.

Moselstraße 25 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069 272208 98 Fax: 069 272208 97
[http:// www.BAG-SHI.de](http://www.BAG-SHI.de) EMail: BAGSHIFrankfurt@aol.com

**Spenden: Die BAG SHI ist als gemeinnützig anerkannt. Sie können die Arbeit der BAG SHI mit jedem Betrag unterstützen. Die Spende ist steuerlich absetzbar.

Die Bankverbindung: Kontonummer 59 64 59 608 beim Postgiroamt Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60). Vielen Dank

Die Angriffe auf das, was als Sozialstaat in Deutschland gelebte Gesellschaft sein soll, werden heftiger. Der vom Sozialstaatsprinzip des Grundgesetz an die Gesetzgebung gerichtete Auftrag zum Ausgleich von Benachteiligungen und zur Schaffung von Chancengleichheit wird immer mehr deformiert. Immer mehr Menschen bleiben dabei auf der Strecke, wie ja beispielsweise auch der offizielle Armuts- und Reichtumsbereich der Bundesregierung eindrucksvoll dokumentiert. Und diese Verknappungen werden mehr und mehr Bereiche der Gesellschaft erfassen. Alles drängt immer deutlicher, immer sichtbarer in Richtung „Verteilungskampf“. Wirtschaftspolitik droht, als „sozialpolitisches Roll-Back“, die Sozialpolitik zu überholen. Die entscheidungsverantwortliche Politik hat keine Rezepte und versucht in vermeintlich publikumswirksamen Programmen über die (Wahl-)Runden zu kommen. Nach der Wahl – und das zeichnet sich drastisch ab, wird sich der Kurs zu Lasten der „Verlierer“ (die, die nicht partizipieren können) bzw. „Benachteiligten“ fortsetzen und dabei das Tempo erhöhen.

So ist es in Wirklichkeit. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI) erklärt sich solidarisch mit der Belegschaft der Brandt-Werke und fordert mit den Beschäftigten: Keinen staatlich geförderten Arbeitsplatzabbau!

Umverteilung der erwirtschafteten Mittel auf die Menschen statt Verteilung an einzelne Profiteure.

Ende der fortgesetzten Verknappungen bei den Sozialleistungen zu Lasten derer, denen eigene finanzielle Mittel nicht zur Verfügung stehen.

Jörg Meier
Geschäftsführung

(c) BAG SHI - Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V.

Moselstraße 25 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069 272208 98 Fax: 069 272208 97
[http:// www.BAG-SHI.de](http://www.BAG-SHI.de) EMail: BAGSHIFrankfurt@aol.com

**Spenden: Die BAG SHI ist als gemeinnützig anerkannt. Sie können die Arbeit der BAG SHI mit jedem Betrag unterstützen. Die Spende ist steuerlich absetzbar.

Die Bankverbindung: Kontonummer 59 64 59 608 beim Postgiroamt Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60). Vielen Dank